

10. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Januar 2000

Inhalt

Flächennutzungsplan Bremen 1983

75. Änderung mit Deckblatt

- Hemelingen (Hemelinger Marsch) Teile A und B -

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 1999

(Drucksache 15/68 S) 299

Flächennutzungsplan Bremen 1983

87. Änderung mit Deckblatt

- Borgfeld (Teile A und B) -

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000

(Drucksache 15/82 S)

Bebauungsplan 1347

Änderung des Bebauungsplanes 2065 gemäß § 13 BauGB für ein Teil- gebiet Bremen-Borgfeld westlich Upper Borg

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000

(Drucksache 15/83 S)

Bebauungsplan 2063 mit Deckblatt

für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld

zwischen Borgfelder Heerstraße, Borgfelder Allee, Hamfhofsweg (einschließ- lich), Jan-Reiners-Wanderweg und Kuhweideweg (einschließlich)

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000

(Drucksache 15/84 S) 299

Volle Halbtagschulen erhalten - Verlässliche Grundschule entwickeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 24. Januar 2000

(Drucksache 15/90 S)

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) 300

Abg. Bürger (CDU) 302

Abg. Frau Hövelmann (SPD) 304

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	306
Abg. Pietrzok (SPD)	308
Abg. Frau Striezel (CDU)	310
Senator Lemke	310
Abstimmung	315

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Frau Haker, Frau Kauertz, Frau Möbius, Nalazek, Manfred Oppermann, Pflugradt, Weber, Frau Wiedemeyer.

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Marken

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung um 17.11 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, die zehnte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde vereinbart, die Tagesordnungspunkte zwei, Flächennutzungsplan Bremen 1983, drei, Bebauungsplan 1347, und vier, Bebauungsplan 2063 mit Deckblatt, miteinander zu verbinden.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann verfahren wir so und treten in die Tagesordnung ein.

Flächennutzungsplan Bremen 1983

75. Änderung mit Deckblatt - Hemelingen (Hemelinger Marsch) Teile A und B -

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 1999
(Drucksache 15/68 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur 75. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Flächennutzungsplan Bremen 1983

87. Änderung mit Deckblatt - Borgfeld (Teile A und B) -

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/82 S)

Wir verbinden hiermit:

Bebauungsplan 1347

Änderung des Bebauungsplanes 2065 gemäß § 13 BauGB für ein Teilgebiet in Bremen-Borgfeld westlich Upper Borg

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/83 S)

und

Bebauungsplan 2063 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld zwischen Borgfelder Heerstraße, Borgfelder Allee, Hamfhofsweg (einschließlich), Jan-Reiners-Wanderweg und Kuhweideweg (einschließlich)

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/84 S)

Bevor wir in die Beratung eintreten, möchte ich auf ein Schreiben der Senatskanzlei hinweisen, wonach in der Vorlage Drucksache 15/84 S, Bebauungsplan 2063, die Seite 20 ausgetauscht werden muss. Das Schreiben ist Ihnen verteilt worden.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Plan zur 87. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 mit Deckblatt abstimmen.

Wer diesen Plan zur 87. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 1347 für ein Teilgebiet in Bremen-Borgfeld westlich Upper Borg abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 1347 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Als Letztes lasse ich über den Bebauungsplan 2063 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 2063 unter Berücksichtigung der erwähnten Änderung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Volle Halbtagschulen erhalten - Verlässliche Grundschulen entwickeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2000
(Drucksache 15/90 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dieser ungewöhnlichen Stunde haben wir doch noch einen Antrag gestellt, weil wir meinen, dass die Situation in den Grundschulen dringend diskussionswürdig ist und dass die Bürgerschaft hier auch ihr Recht wahrnehmen muss, sich klar zu äußern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben das Problem, dass zwei grundlegende Bedürfnisse in den Grundschulen im Moment ziemlich heftig aufeinander prallen. Zum einen ist es der Elternwunsch, belegt durch Umfragen, nach zuverlässiger Unterbringung ihrer Kinder, zum andern ist es aber auch das pädagogische Eingehen von Schule auf gesellschaftliche Entwicklungen wie Zuwanderung, Veränderung der Familienformen und dergleichen mehr, die die Kinder sehr viele Dinge nicht mehr mit in die Schulen bringen lässt, die sie früher mitgebracht

haben. Das merken die Lehrer an emotionalen Defiziten, Sprachdefiziten, aber auch anderem.

Insofern, weil es sich eben um zwei unterschiedliche Dinge handelt, gibt es im Moment in der politischen Debatte eine falsche Alternative. Es kommt nicht darauf an, das angemessene Unterrichten der Kinder und die Bedürfnisse der Eltern gegeneinander auszuspielen, sondern politische Aufgabe ist es, beiden Bedürfnissen gerecht zu werden, und hier versagt im Moment die Koalition ganz eklatant.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Umsteuerungsprozess, den der Senator für Bildung vorhat, beginnt mit einer sehr hohen Barriere, das will ich auch eingangs sagen. Er macht das mit der Zielsetzung - zwar nicht bezogen auf diese Maßnahme, aber das ist eine Rahmenbedingung -, 500 Stellen im Schulbereich einzusparen, davon etwa 200 Lehrkräfte im Grundschulbereich. Das entspricht einem Personalabbau von zirka 15 Prozent. Ich habe gestern gelernt, bei der Wirtschaftsförderung hat eine Umstrukturierung genau dieselbe Prozentzahl hervorgebracht, allerdings plus 15 Prozent. So unterschiedlich sind die Prioritäten in dieser Stadt, das finde ich ausgesprochen schlecht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen liegt bei der Versorgung der Grundschüler und Grundschülerinnen mit Lehrerstunden im Mittelfeld, also schlechter als manche Flächenstaaten. Niedersachsen, das uns immer als Vorbild vorgehalten wird, hat für dieselbe Maßnahme erheblich mehr Stellen geschaffen.

Wir fangen in Bremen aber nicht mit Null an. Wir haben volle Halbtagschulen, wir haben Betreuungsschulen, wir haben teilweise erst vor einem Jahr begonnene Kooperationen zwischen Horten und Schulen, wir haben vom Jugendressort geförderte Elterninitiativen, zirka zwei Drittel aller Grundschulen haben schon ein in diesen verschiedenen Formen durchgeführtes Betreuungsangebot.

Aber der Senator gibt sich nicht damit zufrieden, er will die flächendeckende Beglückung. Er erntet dafür Widerstand, und der Dialog ist schnell zu Ende. Es wird angeordnet, er wiederholt die Fehler alter SPD-Politik, er ignoriert Elternproteste, diszipliniert Schulleiter und organisiert damit die alten Rituale, was ich ausgesprochen schlimm finde, denn ich fand, gerade die Chance des Seiteneinsteigers bestand - und für mich besteht sie auch immer noch - darin, dass genau diese Ri-

tuale im Interesse der Kinder durchbrochen und andere Wege gegangen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So wird letztlich jetzt die verlässliche Grundschule zum Symbol für die Durchsetzungsfähigkeit des Senators, die Interessen der Kinder und der Eltern spielen in diesem Konflikt offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist falsch!)

Dabei gibt es genügend Gründe, den Eltern genau zuzuhören. Warum sollen Eltern anmelden, wenn sie nicht wissen, wofür? Sehr geehrter Herr Senator, wenn Sie zu Karstadt gehen, geben Sie dann auch 100 DM am Eingang ab und sagen hinterher, packt mir etwas Nettes ein, und gehen dann wieder hinaus? Das kann doch nicht die Philosophie sein!

(Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

Ich weiß nicht, wenn Sie Karstadt so sponsern, also mein Ding wäre das nicht! Ich möchte schon wissen, was ich bekomme, wenn ich mich für irgendetwas anmelde,

(Abg. Kleen [SPD]: Ich auch!)

und das geht den Eltern auch so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der SPD)

Natürlich haben die Eltern schon durch ihre Steuern bezahlt, so ist es ja nicht! Ich weiß nicht, was so ein Zwischenruf soll!

Was ist die Leistungsbreite des Angebots? Das ist unklar, obwohl ich Ihnen gern zugestehe, dass Sie hier bereits an Präzisierung arbeiten und in Einzelfällen auch weitergekommen sind, wie bei der Frühbetreuung. Was ist mit den Gebühren? Was ist mit den Horten? Auf welcher Basis sollen die Horte weiterarbeiten bei der Verengung, die dann zwangsläufig stattfindet, teilweise nur noch kurze Betreuung?

Was ist mit den Kindern, die aus Förderzentren betreut werden? Das sind Kinder, die Bildungsprobleme haben, um das einmal vorsichtig auszudrücken, die also früher auf die Sonderschulen geschickt wurden. Diese Kinder brauchen feste personale Bezüge, und sie sind mit dem neuen System völlig überfordert. Die Behörde hat auf Rückfragen auch in der Personalversammlung der Lehrerinnen und Lehrer auch nicht ansatzweise

sagen können, wie sie diese Betreuung gestalten will.

Wie soll die Kooperation zwischen Hort und Schule gestaltet werden? Was ist mit den Elterngruppen? Wie wird die Vertretung der Lehrerinnen und Lehrer zuverlässig geregelt? Das alles sind Fragen aus den vielen Elternversammlungen, die mein Kollege Mützelburg und ich in den letzten Wochen besucht haben. Es wird so gut wie nichts beantwortet. Vor allen Dingen wird nicht beantwortet, warum Sie eigentlich dieses Modell bei solch einem deutlich wahrnehmbaren Widerstand unbedingt flächendeckend zum 1. August einführen müssen. Warum? Warum können Sie sich nicht die Zeit nehmen, es in echten Dialogen zu entwickeln, statt einfach zu sagen, wir machen es, und ihr habt es zu tun?

Ich finde, dass Sie hier sozusagen dem Sinne nach dann gegen das Schulgesetz verstoßen. Das Schulgesetz fordert Beteiligung von Eltern. Ich persönlich finde es ausgesprochen erfreulich, dass so viele Eltern sich in diesen Prozess einmischen, und ich finde es nicht gut, dass dies nicht etwa gefördert wird, sondern auch so ein bisschen öffentlich diskriminiert wird dadurch, dass Sie beispielsweise die Schulleiter auffordern, mäßigend auf die Eltern einzuwirken. Ich finde, Sie sollen sie auffordern, die Eltern zu bestärken, sich weiterhin um die Schulen zu kümmern im Sinne eines echten Bürgerengagements.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist gefährlich, dies im Hauruckverfahren durchzusetzen, weil die Basis für die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort nachhaltig dadurch zerstört wird. Sie glauben doch nicht ernsthaft, wenn Sie unter Umständen 50 Leute in den Horten entlassen müssen, dass das auch nur noch einen Funken Bereitschaft für die Zukunft übrig lassen wird, sich auf solche Wege zu begeben, wo dann solche Ergebnisse am Ende stehen. Sie missachten die Elternrechte nach dem Schulgesetz, Sie zerstören die Motivation in den Lehrerkollegien

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ach!)

und zerstören damit den Kern der Grundschulreform in Bremen.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt. Wir möchten keine flächendeckende Einführung zum 1. August 2000, wir möchten den Erhalt der vollen Halbtagschulen und die Erarbeitung von Bedingungen, die zuverlässig für die Einführung eines Betreuungsangebotes gelten sollen. Auf der Basis sollen die Schulen die Möglichkeit haben, sich zu entscheiden, ob sie auf dieses Angebot

eingehen und wie sie das dann vor Ort gestalten. Wir möchten keine angeordnete Schulreform, damit hat Bremen ganz schlechte Erfahrungen gemacht, und das sollten Sie hier nicht wiederholen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Stadtgemeinde Bremen gibt es 14 volle Halbtagschulen und zahlreiche Schulen mit unterschiedlichen Betreuungsprojekten,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch schön!)

aber eine große Zahl von Grundschulen, die lediglich den Unterricht erteilen, aber keine Zusatzangebote parat haben. Gerade von jenen Eltern sind wir in der Vorwahlkampfzeit und in der Wahlkampfzeit angesprochen worden, die uns aufgefordert haben, gerade auch für ihre Schulen etwas zu tun. Sie haben ebenfalls verlässliche Schulzeiten von uns gefordert.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das war für uns, meine Damen und Herren, der Grund, in den Koalitionsvertrag diese Formulierung hineinzunehmen, dass wir die flächendeckende verlässliche Grundschule von acht bis 13 Uhr mit Beginn des nächsten Schuljahres einführen. Seinerzeit waren wir davon ausgegangen, auch noch bei der Debatte im November, dass die vollen Halbtagschulen erhalten werden können. Deren Fortführung stand aber auch schon im Koalitionsvertrag unter dem Haushaltsvorbehalt, das muss man gerechterweise sagen, „im Rahmen der vorhandenen Ressourcen“.

Es ist überhaupt keine Frage, dass die vollen Halbtagschulen, mit entsprechenden Lehrerzuweisungen ausgestattet, hervorragende Arbeit leisten. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass aufgrund dieser Ausstattung noch eher zusätzlich Krankenvertretungen von Lehrern übernommen werden können, dass zusätzliche Differenzierungsstunden, aber auch zusätzlicher Unterricht erteilt wird über das Wochenstundenkontingent der Grundschule hinaus.

Obwohl den 14 vollen Halbtagschulen zwischen zwei und vier Lehrern zusätzlich zur Verfügung stehen, garantieren sie für die Kinder nicht die Zeit von acht bis 13 Uhr in den Schulen, denn an manchen Tagen endet die Schule weit vor 13 Uhr. Uns

beiden, Herr Senator, ist das bei einem Besuch deutlich geworden. Diese Schlusszeiten mögen mit den Schulkonferenzen abgesprochen sein, das ist überhaupt keine Frage. Herr Senator, aber dass nach einem Presseartikel zu urteilen der Behörde das nicht einmal bekannt sein soll, versetzt einen dann doch in Erstaunen. In dem Zusammenhang darf ich an die Beantwortung des offenen Briefes, den unser Fraktionsvorsitzender an Sie gerichtet hat, erinnern. Wir sehen der Antwort Ihrerseits mit Interesse entgegen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Die Verlässlichkeit erkennen viele Eltern bei der jetzigen Diskussionsgrundlage nicht, meine Damen und Herren, denn es gibt, und daran muss in diesem Zusammenhang erinnert werden dürfen, letztlich noch kein für die Eltern schlüssiges Konzept, obwohl dies seit September letzten Jahres von der Behörde durchaus hätte erarbeitet werden können. Die in der Bildungsdeputation, Herr Senator, vorgestellten Module sind umständlich und unverständlich und stellen für die Eltern überhaupt kein Konzept dar.

Um Missverständnissen vorzubeugen, meine Damen und Herren: Wir wollen den 72 Grundschulen kein einheitliches Konzept überstülpen. Wir sind der Auffassung, und diese Auffassung begrüßen viele Eltern, dass von der Behörde Rahmenbedingungen für die verlässliche Grundschule abgefasst werden und die Ausgestaltung im Einzelnen vor Ort und in der jeweiligen Grundschule erfolgen muss -

(Beifall bei der CDU)

Sie können ruhig klatschen -, und zwar in Absprache mit Eltern, Lehrern und den Betreuungspersonen.

(Beifall bei der CDU)

Der Bedarf und die Möglichkeiten der einzelnen Schulen sollen durchaus berücksichtigt werden, so dass Betreuungsformen von Schule zu Schule unterschiedlich ausfallen werden, je nachdem, ob zum Beispiel eine Turnhalle oder ein Hort in der Nachbarschaft oder zumindest in der Nähe vorhanden ist. Das Betreuungsangebot soll sich konzeptionell in das Angebot der Schule einpassen.

Herr Senator, die Schulleiter sollten Ende Januar, so haben Sie es der Deputation mitgeteilt, über Konzeptionen informiert werden und dann ihr Wissen an die Eltern weitergeben. Ich muss Ihnen sa-

gen, wir haben heute den 27. Januar, und ich finde, das kommt alles recht spät!

(Beifall bei der CDU)

Dann muss man auch noch berücksichtigen, dass die Eltern bis Ende Januar, Anfang Februar - genannt ist der 31. Januar - die Schulen wissen lassen müssen,

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Montag!)

und das ist kommenden Montag, richtig, Herr Mützelburg, ob sie ihre Kinder in die Betreuung geben oder nicht, denn das Betreuungsangebot soll freiwillig wahrgenommen werden. Das sehen wir genauso, dass das in dieser Form geschehen soll, das halten wir für richtig.

Die jetzt herausgegebenen Informationen über die verlässliche Grundschule in Form von Fragen und Antworten als Brief an die Eltern sind völlig richtig. Auch hier stellt sich aber die Frage, warum erst jetzt und nicht früher, denn dieser Brief erreicht die Eltern erst in dieser Woche, und ich finde, das ist zu spät, wenn sie sich bis Montag entscheiden sollen!

(Beifall bei der CDU)

Auch dieser Brief hätte schon vor Wochen an die Eltern gehen können, damit sie sich austauschen und auch planen können. Eltern wollen, meine Damen und Herren, informiert sein, was sie denn aufgrund eigener Lebensplanung, einer notwendigen beruflichen Tätigkeit und einer Verlässlichkeit von acht bis 13 Uhr erwartet beziehungsweise ihre Kinder inhaltlich nach der vollen Halbtagschule erwartet, ob die Eltern eben für ihr Kind die Betreuung aufgrund des vorliegenden Angebots wahrnehmen sollen, wollen, können oder nicht.

Ich habe, das will ich gestehen, Herr Senator, ein klein wenig Verständnis für diesen Zeitdruck, der entstanden ist, aber dieser Zeitdruck ist natürlich aufgrund des Verschlafens Ihrer Behörde zu diesem Komplex entstanden. Daraus mache ich überhaupt gar keinen Hehl.

Dass Sie jetzt die Daten anmahnen, kann ich verstehen. Sie wollen planen, und in der Konsequenz müssen die Zahlen natürlich deutlich machen, wie dann auch die Jugend- und Sozialbehörde planen kann, um dort entsprechende ergänzende Angebote parat halten zu können.

Die Garantie verlässlicher Zeiten flächendeckend für alle Grundschulen war die wesentliche Voraussetzung für die CDU, meine Damen und

Herren, der verlässlichen Grundschule zuzustimmen. Wir sind der Auffassung, dass wir damit eine positive und zukunftsweisende Entwicklung von Grundschule voranbringen werden. Nur vor diesem Hintergrund - lassen Sie mich das deutlich sagen - sind wir der schmerzlichen Entscheidung beigetreten, die vollen Halbtagschulen in der flächendeckenden verlässlichen Grundschule aufgehen zu lassen, um zusätzliche Unterrichtskapazitäten zu gewinnen.

Sollten sich jetzt feste Zeiten beziehungsweise Konzepte nicht wirklich umsetzen lassen, so wäre es ein gravierender Fehler, das eine abzuschaffen, ohne das andere verbindlich in die Tat umsetzen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Lemke, Sie haben die politische Verantwortung für Ihr Ressort, Sie haben die Budgetverantwortung für Ihr Ressort, und Sie können im Rahmen Ihrer Eckwerte die Schwerpunkte der Bildungspolitik für den Bildungsbereich vorschlagen. Sie können sagen, ich mache die volle Halbtagschule zu meiner Priorität, oder Sie können auch sagen, ich mache es nicht. Deshalb sehen wir der von Ihnen für Februar versprochenen Vorlage für die Bildungsdeputation zur verlässlichen Grundschule mit großem Interesse entgegen, denn Sie haben auch angekündigt, die Frage zu prüfen, ob die volle Halbtagschule in reduzierter, abgespeckter Form bei den sozialen Brennpunktschulen fortgeführt werden kann oder nicht, oder ob die Zahl der vollen Halbtagschulen reduziert werden wird. So haben wir Sie jedenfalls verstanden, aber nicht nur wir haben Sie so verstanden. Das war Ihre Einlassung in der Deputation.

Meine Damen und Herren, diese Vorlage, die wir für den Februar in der Deputation erwarten, muss der pädagogischen Gesamtverantwortung für Schülerinnen und Schüler ebenso gerecht werden wie der Forderung der Eltern nach familienfreundlichen Grundschulen.

Meine Damen und Herren von den Grünen, wir werden Ihren Antrag ablehnen, aber ich bin ganz sicher, das sage ich offen und ehrlich, dass der eine oder andere Punkt in der nächsten Deputationssitzung noch einmal aufgegriffen werden muss, aber von der Intention her, dass sie gleichzeitig dezidiert von unten - -

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Nein, nein, das zieht nicht!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, das können Sie hier lesen!)

Nein, dieses Mal zieht das nicht, Frau Linnert! Nehmen Sie doch auch einmal die sachlichen Gründe entgegen! Sie haben formuliert „volle Halbtagschule erhalten“. Das können wir hier und heute überhaupt nicht beschließen.

Deshalb sind wir durchaus bereit, ich wiederhole das, den einen oder anderen Punkt noch einmal aufzugreifen in der Deputation, wenn der Senator seine Vorlage zur Diskussion stellen wird. - Ich bedanke mich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben im November und Dezember bereits hier in der Bürgerschaft über die Notwendigkeit von verlässlichen Anfangs- und Endzeiten debattiert. Wir haben uns hier in der Bürgerschaft dann für die Einführung der verlässlichen Grundschule von acht bis 13 Uhr entschieden, übrigens einstimmig, da beißt die Maus keinen Faden ab, einstimmig haben wir uns für die Einführung der verlässlichen Grundschule entschieden.

Verehrter Herr Kollege Bürger, ich gehe doch davon aus, wenn das Parlament einen Beschluss fasst, dann ist es ein Auftrag an die Exekutive, diesen umzusetzen, erstens!

(Abg. Bürger [CDU]: Habe ich einen Zweifel daran gelassen?)

Zweitens möchte ich nicht plaudern, Herr Bürger, aber ich erinnere mich gut daran, wie wir beide gemeinsam die Koalitionsverhandlungen geführt haben, und ich erinnere mich sehr gut daran, dass wir gesagt haben, für uns ist die Einführung der verlässlichen Grundschule, sprich die Kooperation von Schule und Hort flächendeckend in Bremen, in dieser Legislaturperiode - nachdem wir vier Jahre lang, aus welchen Gründen auch immer, nicht weitergekommen sind - ein Schwerpunkt. Das bedeutet, dass wir den politischen Auftrag dazu durchaus erteilt haben. In unserem Beschluss, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir gesagt, dass die Einführung der verlässlichen Grundschule in Bremen zum Schuljahr 2000/2001 erfolgen soll.

Herr Zachau, wir hatten vorhin schon einmal kurz darüber gesprochen. Ich habe gesagt, ich will heute eigentlich ganz nett zu Ihnen sein, jetzt bin ich nur noch nett, weil das Krokodilstränen gewesen sind, die Sie hier geweint haben, und weil ich weiß, dass Sie so auch auf Elternversamm-

lungen auftreten und dann auch noch ein bisschen zündeln.

(Abg. Bürger [CDU]: Herr Mützelburg aber auch!)

Das weiß ich nicht, aber das können Sie noch ergänzen!

Sie haben im Oktober 1999, Herr Zachau, von Ihnen unterschrieben, vom Senat verlangt, ein Konzept für die Einführung der verlässlichen Grundschule zum Schuljahr 2000/2001 vorzulegen. Jetzt haben Sie einen neuen Antrag vorgelegt und sagen, Sie wollen die volle Halbtagschule erhalten und die verlässliche Grundschule lediglich entwickeln. Wir haben in den beiden Debatten ausführlich über die finanziellen Rahmenbedingungen diskutiert. Vielleicht würde es die Opposition auch einmal zieren, der Bürgerschaft statt wechselnder Fähnchen in wechselnden Winden auch ein Finanzierungskonzept hierzu nach einem Rendezvous mit der Haushaltsrealität vorzulegen und nicht so zu tun, als würde man sagen, wir wollen die Verlässlichkeit, aber!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann warten Sie aber einmal auf die Haushaltsberatungen! Da zieren wir uns aber!)

Ich wiederhole es gern noch einmal, die Einführung der verlässlichen Grundschule ist ein wesentlicher Grundstein für die Schulentwicklung, übrigens nicht nur in Bremen, meine Damen und Herren, sondern republikweit und auch unabhängig von den Koalitionen, die in den einzelnen Bundesländern bestehen. Übrigens läuft es republikweit nicht reibungsfrei. Wir brauchen gar nicht weit zu gehen. Nehmen Sie Niedersachsen! In Niedersachsen hat es zu heftigen Diskussionen geführt, das wissen Sie, und wir müssen nicht weit fahren, um zu sehen, dass die anfänglich hohe Skepsis sich mittlerweile in positive Erfahrung umgewandelt hat.

Ich habe hier einen Artikel aus dem „Delmenhorster Kreisblatt“, Schwerpunkt Stuhr, vom 22. Januar 2000: „Unterricht fällt nicht mehr aus, positive Erfahrung mit der verlässlichen Grundschule.“ Hier wird noch einmal der Konflikt dargestellt, den es in Stuhr und Brinkum gegeben hat, und dann wird hier - ich darf vielleicht einen Satz zitieren, ich stelle das sonst gern zur Verfügung - gesagt, „dass man mit den zusätzlichen Betreuungsstunden“, wir wissen, meine Damen und Herren, es handelt sich um keine riesige Zeitspanne, sondern in der dritten und vierten Klasse um eine Dreiviertelstunde, „für die ersten beiden Klassen zufrieden ist. Das freiwillige Angebot werde von Eltern und Kindern so gut angenommen, dass es zum neuen Halbjahr zusätzliche Angebote geben wird. Mit

den festen Zeiten von acht bis 13 Uhr geben wir den Eltern die Möglichkeit, sicher zu planen.“

Die Gruppen haben 20 bis 25 Schülerinnen und Schüler, wie gesagt, „Delmenhorster Kreisblatt“ vom 20. Januar dieses Jahres!

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sagen Sie aber auch, wie viel Stellen Niedersachsen zur Verfügung gestellt hat!)

Dass „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ vielleicht in einem Jahr eine gleiche, ähnlich positive Bilanz ziehen werden, halte ich für wahrscheinlich.

(Beifall bei der SPD)

Voraussetzung, meine Damen und Herren, ist allerdings, dass das Modell eine faire Chance bekommt, und damit meine ich alle Beteiligten. Wir haben die Verantwortung für die Kinder, und es kann eigentlich nicht um die Befindlichkeiten Einzelner oder auch um die Befindlichkeiten von Gruppen gehen.

Die Verunsicherung bei vielen Eltern, Lehrern und Hortlern nehme ich sehr ernst. Wir sollten sie aber nicht noch schüren, das habe ich eben schon gesagt, sondern für sachliche Aufklärung sorgen. Es wird weiterhin, ich sage es gern noch einmal, 4,5 Prozent Vertretungsreserve geben. Unterricht wird selbstverständlich von Lehrkräften erteilt, und es wird auch weiter, und da bitte ich doch wirklich die Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, das nicht anders zu sagen, den Sozialstrukturbedarf für die einzelnen Bereiche geben.

(Abg. Bürger [CDU]: Und für Ausländer!)

Meine Damen und Herren, die Behörde ist offensichtlich schwerer in Gang gekommen als erwartet. Die Behörde ist doch auch nicht etwas, was vom Himmel fällt, sondern sie ist schon ziemlich lange da. Aber auch die Entwicklung der Behörde ist ein Prozess, und ich weiß, dass sich da auch vieles getan hat, es gibt jetzt auch eine Dienstleistungsmentalität. Wenn ich an Schulen gehe, dann erlebe ich das auch. Ich erlebe es auch, dass mir Schulleitungen sagen, wir werden sofort angerufen, es wird sich gekümmert. Also, da tut sich etwas!

Neue Aufgaben erfordern nicht nur Mut, logisch, und Kreativität, auch logisch, sondern eben auch zahlreiche Gespräche mit den Betroffenen. Das hätte eher passieren müssen. Es hätte auch eher Aufklärung geben müssen. Aber gerade weil wir kein phantasieloses von oben verordnetes Konzept haben wollten - das wollten wir ja ausdrück-

lich nicht, wir haben immer gesagt, wir wollen ortsangepasste, bedarfsorientierte Modelle und nicht irgendetwas, was sich irgendjemand irgendwo ausgedacht hat -, gerade weil dies im Dialog mit den Betroffenen vor Ort entwickelt werden muss, gerade deshalb müssen die Schulen intensiv von der Behörde beraten werden. Wie gesagt, die Behörden sind schwer in Gang gekommen, aber ich erinnere mich da aus früher Kindheit an eine Reklame „Es ist nie zu früh und selten zu spät“ oder „Es ist nie zu spät und selten zu früh“, je nachdem, wie Sie es drehen wollen.

Ich bin davon überzeugt, dass bis zu den Osterferien, das betone ich hier auch für meine Fraktion als Erwartung, offene Fragen geklärt werden und geklärt worden sind. Ich bitte Sie, Herr Senator, vergessen Sie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Horte hierbei nicht, denn gerade bei ihnen wird sich einiges einschneidend verändern!

Die SPD-Fraktion erwartet also, dass die Bildungsbehörde die Schulen ordentlich und intensiv berät. Ich glaube, mit einer ordentlichen Information zu dem, was geplant worden ist, können wir dieses gute Modell umsetzen. Ich erwarte diese Kooperationsbereitschaft auch in den Schulen. Es geht wirklich nicht an, Kollege Zachau, wenn wir hier einen Beschluss fassen, dass sich einige außerhalb der staatlichen Regelung, der staatlichen Verantwortung stellen und sagen, wir machen das bei uns anders.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Macht Herr Keller doch auch!)

Es geht auch nicht an, dass Schulleitern ihren Elternvertretern schreiben: „Was ich hier von der Behörde bekommen habe, finde ich auch blöde, aber ich bin leider verpflichtet, Ihnen das weiterzugeben.“ Auch solche Geisterzahlen wie zehn Betreuer für ein Kind pro Tag sind Unsinn. Auch so etwas bringt uns einer familien- und vor allem kindgerechten Grundschule nicht näher.

Ich appelliere wirklich noch einmal, diesem Modell eine faire Chance zu geben und nicht entweder oder und einmal hü und einmal hott zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Der Brief an die Eltern, der vorliegt, ist ein vernünftiger Schritt in diese Richtung. Weitere Informationsveranstaltungen, ich glaube, auch heute Abend, wird es geben. Die muss es aber auch kleinschrittig geben, damit man auch zur konkreten Umsetzung kommen kann.

Es wird, meine Damen und Herren, an den Grundschulen für die Betreuung der Kinder geeignetes

sozialpädagogisches und anderes Personal eingesetzt. Ich glaube, keiner in diesem Haus kommt auf die Idee zu sagen, dass nur Lehrerinnen und Lehrer geeignet sind, die Betreuung von Kindern zu übernehmen. Keiner in diesem Haus wird sich hinstellen und sagen, dass Sozialpädagogen und Erzieher keinen Platz in der Schule haben. Ich glaube, dass dies die Schulen im Gegenteil insgesamt bereichern wird.

Eines ist mir zum Schluss noch wichtig: Die gültige Stundentafel bleibt bestehen, aber die Sorge um ausfallenden Unterricht ist berechtigt. Wir brauchen dringend eine flexible Krankenvertretung.

In diesem Zusammenhang, Kollege Bürger, die Kultur der offenen Briefe, das ist ein interessantes Modell, überlege ich, ob ich - oder meine Fraktion - nicht an Herrn Senator Perschau einmal einen offenen Brief schreibe und ihn einfach einmal frage, wo denn die Finanzierungskosten für die vom Senat beschlossene Altersteilzeit bleiben. Er hat uns die Finanzierungskosten für die Altersteilzeit nämlich so mir nichts, dir nichts einfach einmal auf den Einstellungskorridor angerechnet. Das akzeptiere ich nicht, das habe ich übrigens überall gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Hier werde ich ihm einen offenen Brief schreiben und ihn fragen, wo diese 75 Stellen sind. Das war nicht in Ordnung.

(Abg. Bürger [CDU]: Da machen Sie sich doch lächerlich, das ist ein Senatsbeschluss!)

Ach, aber die verlässliche Grundschule ist kein Senatsbeschluss? Das ist ja komisch, das ist ja eigenwillig. Machen Sie sich jetzt einmal nicht lächerlich, Herr Bürger!

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir weder mit offenen Briefen noch mit Krokodilstränen et cetera der Sache gerecht werden. Ich hoffe und appelliere wirklich an Sie, Herr Senator, ich weiß, Ihre Behörde tut das, informieren Sie ordentlich, und lassen Sie uns gemeinsam zusehen, dass dieses Modell ein Modell wird, das für alle, für die Kinder und für die Eltern, aber auch für die Schulen und Schulentwicklung einen positiven Aspekt hat! - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss schon vorsichtig reden, damit es keinen Ordnungsruf gibt. Ich habe mir seit gestern vorgenommen, ich will hier jetzt immer ganz artig sein!

(Heiterkeit)

Wegen der Kopfnote! Ich habe festgestellt, hier werden so viele Kinderbücher vorgelesen, da wird das Böse immer so abgestraft.

(Abg. Kleen [SPD]: Wer hat Angst vor dem grünen Mann, das kennst du doch!)

Was ich trotzdem ein bisschen komisch finde, sind die Krokodilstränen, Frau Hövelmann. Sie beschließen etwas - meinetwegen auch wir -, die Behörde richtet ein Chaos an, und Sie sagen hinterher, ihr Grünen sollt aber artig sein. Das passt nicht! Sie haben ja selbst die Mängel des ganzen Verfahrens genannt. Was ich von Ihnen einfordere, ist ein Minimum an Redlichkeit in der Frage -

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nicht schon wieder!)

nein, ich sage ja nicht das andere Wort mit L -, nämlich dass Sie sozusagen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass die volle Halbtagschule in der Debatte, in der wir darüber beschlossen haben, nicht zur Disposition gestellt wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der ganz entscheidende Punkt ist doch, dass Sie diese volle Halbtagschule in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben. Sie sagen, der Haushaltsvorbehalt gilt für alle Beschlüsse, die in der Koalitionsvereinbarung stehen. Das ist Kreide in die Weser geworfen, das ist absoluter Blödsinn.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das ist Umweltverschmutzung!)

Nein, das ist Kreide aus ökologischem Anbau!

Ich finde das, das muss ich an dieser Stelle einmal sagen, nicht redlich. Trotz unserer Klarstellung in der letzten Sitzung der Bürgerschaft

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Deputation!)

und in der Deputation haben Sie dies auch noch weiter verbreitet. Sie fordern ja eine sachliche Aufklärung! Dann gehen wir einmal mit der sachlichen Aufklärung weiter! Warum tun Sie so und sagen, in Niedersachsen ein Erfolgsmodell, sagen aber nicht gleichzeitig, wie viele Stellen das Land

Niedersachsen, und ich meine, das waren Hunderte von Stellen, für dieses Projekt bereitgestellt hat? Der entscheidende Unterschied ist, Bremen baut im Grundschulbereich 15 Prozent der Stellen ab und organisiert um, und Niedersachsen hat Stellen draufgelegt. Das ist der entscheidende Unterschied in der Ausgangslage. Das müssen Sie sachlich zur Kenntnis nehmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann sagen Sie immer, der Sozialstrukturbedarf wird weiter gewährt, das ist nicht strittig, es ist aber von Behördenvertretern verschiedentlich gesagt worden, dass da reduziert wird, weil sie sonst die Vertretungsreserve nicht sicherstellen können. Das heißt, es wird zu Lasten der schwächsten Kinder in den Schulen für ein flächendeckendes Angebot abgebaut. Das ist einer der Preise, der bezahlt wird.

Das andere ist die volle Halbtagschule, das ist eine Einrichtung, die auch in erster Linie anders mit Kindern umgeht, die Schwierigkeiten mit der Schule haben. Die wird zugunsten eines flächendeckenden Angebotes abgebaut. Das ist nicht etwa Chancengleichheit, wie Sie immer argumentieren - heute haben Sie es ja, Gott sei Dank, weggelassen -, sondern das ist die Verfestigung von ungleichen Chancen, nämlich die Lebensbedingungen, die Familienherkünfte, die Kinder einfach aus ungleichen Bedingungen in die Schulen bringen. Dazu stehen Sie dann bitte auch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie wird diese Auseinandersetzung geführt? Ich staune also wirklich, mit welcher Vehemenz Sie hier diese Rädelsführertheorie vertreten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das habe ich nicht gemacht!)

Also, das haben Sie gemacht, und das hat der Senator gemacht.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Du und Dieter?)

Ach, so war das gemeint, das ehrt uns wieder!

Wer die Situation in den Grundschulen kennt, weiß, dass die Leitungen der Grundschulen in den seltensten Fällen durch Leute besetzt werden, die das Bestreben haben, ganz viel Geld zu verdienen. Da kann man nämlich nichts verdienen, das sind in der Regel A-13-Stellen mit einer kleinen Zulage. A 13 erhält aber auch schon ein Stufenlehrer in der Primarstufe, der große Quantensprung in der Karriere ist das also nicht. Das sind

engagierte Leute, und von diesem Engagement haben wir jahrelang gelebt. Die Entwicklung in den Klassen erfolgte im Wesentlichen durch Frauen, die nach ihrer eigenen Erziehungsphase, nicht von sich selbst, sondern der ihrer Kinder, die Reform getragen haben und ein hohes Maß an Identifikation mit sich gebracht haben. Diese Identifikation hat sich ausgezahlt. Davon haben wir profitiert als Gesellschaft und als Stadt Bremen. Dafür kann man diesen Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle nur danken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn man das weiß, dann ist das der alte Fehler der SPD-Bildungspolitik, einfach zu sagen, na ja, das war es jetzt, wir können da leider nichts machen. Sie haben früher immer wieder gesagt, wir wissen, Sekundarschulen sind das einzig Richtige, alles andere muss weg. Sie haben mit dieser Art, Politik zu machen, in den Kollegien einen Reformwiderwillen erzeugt, der ganz schlimm ist. Dieser ist teilweise aufgebrochen mit der Diskussion um das Schulgesetz, bei der sich die Leute verstärkt eingebracht haben, und mit diesen Reformmodellen.

Wenn Sie jetzt den anderen Weg weitergehen - wir haben gestern darüber diskutiert, inwieweit das Betriebsklima wichtig ist -, dann zerstören Sie hier ein unendliches Maß an Motivation und eine konstruktive Arbeit für die Zukunft, weil, ich bin ziemlich sicher, viele der Leute dann leider in die innere Kündigung gehen, so wie wir es auch in vielen anderen Bereichen haben. Darum geht es mir, dies zu verhindern.

Ich finde es dann übrigens auch unangemessen zu sagen, sie werden aufgehetzt. Nehmen Sie die Leute ernst, das sind mündige und engagierte Bürgerinnen und Bürger!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Habe ich doch gesagt!)

Nein, Sie nehmen das im Moment nicht ernst, indem Sie sagen, das Datum steht. Also, selbst wenn das alles richtig ist, was Sie über unser Verhalten sagen, müsste es Ihnen doch zu denken geben, dass so massiv gerade auch von der Zielgruppe, die Sie positiv verstärken wollen, aufgetreten wird, wie in Gröpelingen diese Woche, wo allein erziehende Frauen aufstehen und sagen, das kann ich so nicht akzeptieren, weil der Übergang zum Hort für mich überhaupt nicht geklärt ist und die Kinder viel zu spät Mittagessen bekommen. Warum nehmen Sie das denn nicht auf und sagen, sind wir da nicht etwas zu weit gegangen? Die Situation wird durch unser Verhalten weder

verbessert noch verschlechtert, sondern entscheidend ist, was die Situation ist.

Ich sage Ihnen, gehen Sie auf die Eltern und Lehrer zu, es nützt niemandem, verbrannte Erde zu haben, und öffnen Sie den Prozess! Öffnen Sie als Erstes die Anmeldefristen! Den ersten kleinen Schritt hat der Senator schon gemacht, weil Sie die in anderen Sprachen formulierten Anschreiben vergessen hatten, da haben Sie schon gesagt, die Frist geht jetzt bis zum 4. Februar. Vielleicht setzen Sie noch eine Zwei oder Drei davor, und dann sind wir schon im nächsten Monat.

(Zuruf von der SPD)

In der kaufmännischen Zinsrechnung wird das fortgerechnet!

Dann hat man erst einmal Luft, gibt den Schulen Beratungszeit, kann in einen echten Dialog treten, kann schauen, was vorhanden ist, was wir verstärken wollen und wo dringend richtig etwas passieren muss. Man kann also ganz im Sinne einer lernenden Organisation - und dieser betriebswirtschaftliche Begriff sollte doch gerade in Schulen auf viel Sympathien stoßen - wirklich systematisch anknüpfend an dem, was da ist, etwas entwickeln, was dann allen nützt.

Wenn Sie auf dieses letzte Drittel der Schulen gehen, wo überhaupt nichts ist, dann kommen Sie mit Betreuung in der Form, wie Sie sie sich vorstellen, für diesen Teil wahrscheinlich schon in einer Dimension von einer drei viertel Million DM hin. Da ich weiß, dass wir in den letzten Jahren immer im Topf Betreuungsprojekte an den Schulen sinnigerweise eine viertel Million DM nicht ausgegeben haben, die wir dann in irgendwelche anderen Projekte gesteckt haben, was ich vor dem Hintergrund der Heftigkeit Ihrer Argumentation im Nachhinein noch peinlicher finde als zum Zeitpunkt, als wir die Mittel in der Deputation umgerubelt haben, weil wir sozusagen hier auch Ressourcen haben, müsste es doch möglich sein, diesen vernünftigen Schritt zu gehen und die Entwicklung, den Prozess voranzutreiben, ohne gleich allen Leuten voll eines vor die Hörner zu geben! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zachau, das hörte sich ja wieder ganz dramatisch an. Wir sind auch alle

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

wirklich sehr betroffen. Sie haben, vielleicht erinnern Sie sich nicht mehr so genau, bei der Sache auch eindeutig abgestimmt. Mir ist das völlig klar, die Opposition hat da ein Privileg, sie muss für ihr eigenes Verhalten nur sehr eingeschränkt Verantwortung übernehmen, und das spüre ich jetzt auch. Ich kann Ihnen aber schon sagen, es macht überhaupt nicht den Eindruck, dass Sie damit auf Dauer Glaubwürdigkeit bekommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Ihnen in der Politik nicht klar ist, dass es, wenn Sie in einem Land wie Bremen ein neues Projekt starten, Geld kostet, was irgendwo herkommen muss, dann müssen Sie da vielleicht noch ein bisschen lernen. So jedenfalls geht das nicht!

Besonders ärgerlich finde ich allerdings, wenn Sie hier so tun, als ob wir einfach nur die Kür machen wollten, um uns so ein bisschen bildungspolitisch zu profilieren. Das ist nicht unsere Ambition. Davon kann überhaupt keine Rede sein, sondern wir haben ein echtes gesellschaftliches Problem, und dem stellen wir uns.

(Beifall bei der SPD)

Es geht hier um nichts anderes als um die Betreuung von Kindern. Es geht darum, dass wir eine große Zahl von Kindern haben, die im Vormittagsbereich keine Betreuung haben. Da müssen wir uns als Sozialdemokraten sehr wohl dieser Aufgabe stellen und können nicht so tun, als ob wir einmal einfach dieses Projekt abblasen.

(Abg. Bürger [CDU]: Aber das haben wir doch gemeinsam beschlossen!)

Einverstanden! Wir machen das gemeinsam, und wir werden diesen Weg auch gemeinsam gehen. Ich stehe hier als Sozialdemokrat und verrete damit auch sozialdemokratische Positionen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns also nicht darum, hier einfach irgendwelche Projekte gegeneinander zu stellen, sondern unser Schwerpunkt ist ganz klar, wir haben eine Verantwortung dafür übernommen, dass Kinder bis 13 Uhr eine vernünftige Betreuung bekommen und nicht auf der Straße stehen, und das wollen wir auch durchhalten.

Wenn ich Sie in Ihren Reden höre, Herr Zachau, dann finde ich das schon ein bisschen schwierig, weil ich nicht erkennen kann, dass Sie wirklich ein Interesse daran haben, dass es dabei auch tat-

sächlich zu einer Realisierung kommt. Bei mir hört sich das im Augenblick eher so an, als ob Sie insgesamt dieses ganze Projekt destabilisieren wollen, obwohl Sie es selbst parlamentarisch mit beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dass Herr Zachau dabei Berufserfahrung hat, ist völlig klar, aber die Motivation als Lehrer kann da vielleicht auch eine gewisse Einseitigkeit verursachen, das kann ich nicht beurteilen. Dann möchte ich noch einmal auf Ihre Seiteneinsteigerformulierung eingehen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie auch einmal etwas zur Sache sagen?)

Wenn Sie sagen, Sie hätten hier andere Erwartungen gehabt angesichts der Tatsache, dass wir einen Senator aus der freien Wirtschaft haben, dann müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass es dabei um bestimmte Elemente von Unternehmensführung geht. Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, inwiefern es da große Fehlleistungen im Bereich Unternehmensführung gibt. Das ist meiner Meinung nach nicht der Fall. Ich denke vielmehr, dass es in dem Bereich sehr viel Engagement und positive Impulse gibt, und das würde ich Sie bitten, auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es dabei ganz gezielt darum, für eine Betreuung zu sorgen. Wir sind der festen Überzeugung, wir haben diese Erfahrungen auch ganz konkret gemacht, dass wir damit die Interessen vieler Eltern auch tatsächlich vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist völlig klar, dass natürlich die Eltern, die zum Beispiel ihre Kinder im Hort haben, ich selbst im Übrigen auch, oder die ihre Kinder in eine volle Halbtagsschule schicken, dieses Projekt nicht positiv bewerten, weil sie diejenigen sind, die tatsächlich den politischen Preis zu zahlen haben, genau genommen natürlich ihre Kinder. Aber wir wollen trotzdem nicht gleichsetzen, dass wir hier ein gleiches Interesse aller Eltern haben, und wir wollen auch nicht gleichsetzen, dass alle Lehrer und alle Eltern hier ein gemeinsames Interesse haben. Das gibt es meiner Meinung nach nicht.

(Beifall bei der SPD - Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Darum sollten Sie ja auch den Prozess öffnen!)

Unsere Maßgabe ist die, dass wir uns dabei sehr wohl auf Elterninteressen beziehen und versuchen, den fehlenden Betreuungsbedarf, den es hier in der Stadt gibt, zu bewältigen. Dass wir unter Hochdruck arbeiten, ist dabei offensichtlich, und dass das ganze Projekt unter einem Zeitdruck steht, das ist nicht schwer zu erkennen,

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Selbst gemacht!)

und wir müssen dieses Projekt auch weiterhin verfolgen. Aber wir leiten doch im Augenblick gerade einen Prozess ein, mit dem wir versuchen wollen, bedarfsgerecht in den Schulen dieses Ding tatsächlich zu realisieren. Wenn wir diesen Prozess vernünftig hinbekommen, dann wird dieses Projekt stehen. Ich würde mich nur freuen, wenn Sie sich daran auch konstruktiv beteiligen würden.

(Beifall bei der SPD - Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Pietrzok** (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Abgeordneter Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Ist Ihnen bekannt, da wir ja von einem Prozess und von Beteiligung reden, dass zum Beispiel bei der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung dieser verlässlichen Halbtagsschule die Vertreter von Schulen durch die Behördenleitung, so wie sie auf der letzten Personalversammlung berichtet haben, ausgeschlossen wurden?

Abg. **Pietrzok** (SPD): Das ist mir nicht bekannt. Aber dazu kann der Senator vielleicht nachher noch einmal ein paar Details sagen.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Es geht uns also darum, einen Prozess zu organisieren, der in den verschiedenen Stadtteilen an den Schulen tatsächlich ein vernünftiges Betreuungsprojekt bedarfsgerecht organisiert. Ich kann im Augenblick nicht eine Ernsthaftigkeit der Grünen daran erkennen, dass tatsächlich auch die Betreuung gewährleistet ist. Ich möchte Sie eigentlich nur bitten, dass Sie bei allem Widerstand und Protest, den Sie vertreten, den ich auch durchaus verstehen kann, nicht unter die Räder kommen lassen, dass da auch eine konstruktive Mitarbeit gefragt ist. Wir jedenfalls werden daran festhalten, und ich bin überzeugt, dass wir im

nächsten Spätsommer eine vernünftige Betreuung hinbekommen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich erst so spät gemeldet, weil ich immer noch Hoffnung hatte, dass der Jugendpolitiker der SPD, der Kollege Pietrzok, auch noch auf das Thema kommt. Ich habe nicht gewusst, dass er jetzt zur Bildungspolitik gewechselt hat, aber es war interessant.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Dazu hat er doch gar nichts gesagt! - Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Man nicht so einäugig! Mit dem Zweiten sieht man besser!)

Insofern wollte ich noch einmal zwei, drei Sätze sagen. Jung sein und forsch sein ist ja etwas Gutes, aber deswegen darf man, glaube ich, die Sache, um die es uns geht, nicht aus den Augen verlieren, und ich finde, das ist eben ein bisschen passiert.

Mich treibt sehr wohl Sorge um, dass wir das, was wir zu organisieren haben, noch rechtzeitig zum Beginn des Schuljahres und Kindergartenjahres 2000/2001 hinbekommen. Das will ich deutlich sagen, weil Bildung erst einmal sagen muss, was sie eigentlich will, und was sie da tut, und dann müssen wir den Hort darum herum gruppieren, und da müssen wir wissen, was los ist. Mich ärgert es, dass wir schon die drei Millionen DM herübergeschoben haben. Ich habe mir vorgenommen, in absehbarer Zeit nachzufragen, was denn aus diesen drei Millionen DM in unserem Bereich geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollten damit nicht die möglicherweise vorhandenen Lücken im Bildungsressort schließen, denn wir brauchen das Geld eigentlich auch selbst. Insofern will ich dem gern Rechnung tragen, dass das, was wir uns vorgestellt haben, auch in Form von Kooperation, Schule und Hort, noch nicht so weit gediehen ist, wie es vielleicht zu diesem Zeitpunkt hätte gediehen sein müssen, damit wir eine gedeihliche, vorbereitete Arbeit oder ein Angebot machen können. Ich kann Eltern gut verstehen, die sagen, ich soll mein Kind anmelden, aber ich weiß noch gar nicht, wofür.

Das Beispiel allerdings mit den 100 DM bei Karstadt zieht nicht, denn es kostet ja nichts, wenn ich mit der Tüte zu Karstadt gehe und sage:

„Machen Sie mir die einmal voll.“ Da nehmen die meisten schon alles mit, was sie da bekommen können. Das muss man schon gerechterweise sagen. Das Beispiel hinkt ein bisschen, aber das macht ja nichts, es klang trotzdem erst einmal ganz gut. Also, insofern müssen wir unterscheiden zwischen dem, was Grundschule machen soll, nämlich kostenlos, und dem, was wir im Hort machen sollen und wollen, und das ist nicht kostenlos, da müssen wir sehen, wie wir das hinbekommen. Das eine geht erst nach dem anderen, und das, denke ich, bekommen wir mit Herrn Pietrzok und dem Jugendhilfeausschuss und in der Deputation auch geregelt. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gerade nachgefragt, wie viel Zeit ich habe.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Der Senat hat formal keine Redezeitbeschränkung.

(Abg. Dr. Lutz [CDU]: Die Stadtbürgerschaft tagt regelmäßig bis 19 Uhr!)

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme Beschlüsse dieses Hauses sehr ernst, und ich habe von diesem Haus eine Beschlussfassung, in der Koalitionsvereinbarung ist sie nachzulesen, dass die verlässliche Grundschule ab dem kommenden Schuljahr zu organisieren ist.

(Abg. Kleen [SPD]: Darauf verlassen wir uns auch!)

Da gebe ich mir und gibt sich meine Behörde, die mich dabei nach Kräften unterstützt, große Mühe.

Zweitens steht darin, die volle Halbtagschule ist im Rahmen der finanziellen Ressourcen abzuschließen. Dies ist ein unabdingbarer Zusammenhang, für den ich nichts kann, sondern das ist eine Tatsache, ein Fakt. Sechs Millionen DM, so haben wir berechnet, wird die Organisation der verlässlichen Grundschule kosten, wenn sich etwa 60 Prozent, das ist in etwa zu erwarten, daran beteiligen. 60 Prozent der verlässlichen Grundschule kosten zirka sechs Millionen DM.

Wenn meine Informationen richtig sind, dann ist die Einführung der verlässlichen Grundschule im Interesse vieler Mütter und Väter dieser Stadt seit

langem gefordert, und seit langem arbeiten wir daran.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe einen Auftrag bekommen, und ich habe verstanden, ihn umzusetzen. Ich arbeite praktisch seit dem 7. Juli an der Umsetzung dieser beiden Beschlüsse. Unmittelbar nachdem wir die Arbeit angefangen haben, habe ich mich mit meiner Kollegin Hilde Adolf hingesetzt, und wir haben in einem sehr langwierigen und schwierigen Prozess immer wieder versucht, uns so zu einigen, dass beide da mit unbeschädigtem Ansehen die Diskussion verlassen konnten. Das ist gelungen im November.

Im Oktober, und zwar weiß ich es genau, am 13. Oktober habe ich alle Grundschulen darüber informiert, dass wir diesen Beschluss selbstverständlich zum neuen Schuljahr umsetzen. Ich habe unmissverständlich im Beisein von allen Schulleitern der vollen Halbtagschulen gesagt, dass dies bedeute, dass die vollen Halbtagschulen so, wie sie ausgestattet waren, in Zukunft leider nicht mehr aufrechterhalten werden könnten. Dies ist allen Beteiligten völlig klar und eindeutig seit dem 13. Oktober bekannt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem Parlament aber nicht! - Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich habe einen Beschluss von diesem Haus, Herr Mützelburg, und den Beschluss dieses Hauses nehme ich sehr ernst, ich bin dabei, ihn umzusetzen. Wenn das Haus der Meinung ist, dass es so nicht richtig ist, dann muss dieses Haus meiner Behörde, mir einen Auftrag geben, damit wir die Planung umsteuern, aber so lange besteht Einstimmigkeit, und es war, wenn ich das richtig erinnere, ein einstimmiger Beschluss, den ich hier bekommen habe, die verlässliche Grundschule mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln einzuführen.

Meine Damen und Herren, ich habe nichts darüber hinaus bekommen, sondern ich werde in den nächsten Monaten und Jahren noch andere erhebliche Schwierigkeiten haben, um mit meinem Geld klarzukommen, und das wird großer Anstrengungen bedürfen, das hinzubekommen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mützelburg?

Senator Lemke: Selbstverständlich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte schön!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist gleichzeitig eine Zwischenbemerkung. Herr Senator, ich habe Ihnen jetzt gut zugehört. Sie haben gesagt, Sie haben im Oktober die Schulleiter informiert, dass die verlässliche Grundschule auf Kosten der vollen Halbtagschule eingeführt wird.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nein, er hat gesagt, in der Form nicht, er hat gesagt - -! - Zuruf von der CDU: Er kann doch selbst antworten!)

Dieses Haus hat Herrn Senator Lemke zum Senator gewählt, nicht Frau Hövelmann.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das stimmt!)

Dabei können wir bleiben. Sie haben das eben so erklärt, streiten wir uns nicht um die Formulierung: Dieses Haus hat im November einen Beschluss gefasst zur Einführung der verlässlichen Grundschule. Ich erinnere mich noch an die Worte von Frau Hövelmann, es sei völlig unschädlich, das zu beschließen, weil wir die Details eh noch diskutieren. Daran kann ich mich noch erinnern.

In dieser Debatte haben Sie auch gesprochen, Herr Senator Lemke. Es findet sich im Protokoll kein Wort über die Zukunft der vollen Halbtagschule. Das findet sich nur in den Beiträgen von Herrn Zachau und von Herrn Rohmeyer. Das haben wir hier alles schon diskutiert. So war damals der Sachstand. Wenn Sie das Haus anders informiert hätten und nicht nur Frau Hövelmann, die das offensichtlich gewusst hat - nicht einmal Herr Rohmeyer hat damals so genau gewusst, wie das laufen würde -, dann hätte dieses Haus vielleicht auch nicht so entschieden.

Also, berufen Sie sich nicht auf diesen Auftrag! Der wirkliche Auftrag ist doch der, den Sie eingangs genannt haben, nämlich der der Koalitionsvereinbarung, und Sie haben sich das hinterher unter Verschweigung der vollen Tatsachen absegnen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Senator Lemke: Was war jetzt Ihre Frage?

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann auch eine Zwischenbemerkung machen!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Nach unserer Geschäftsordnung sind auch Zwischenbemerkungen zulässig.

Senator Lemke: Ich hatte eine Frage erwartet, die hätte ich gern beantwortet. So kann ich nur

sagen, ich gehe natürlich davon aus, dass Sie das wissen, die Grundlage meiner Arbeit ist die Koalitionsvereinbarung, daran habe ich mich zu orientieren. Die arbeite ich in diesen vier Jahren ab, so dass ich am Ende dieser vier Jahre der großen Koalition sagen kann, das haben Sie von meiner Behörde erwartet, das war die Aufgabe, hier habe ich es erledigt. Das ist meine Einstellung zu meiner Berufung, zu meiner Wahl als Bildungs- und Wissenschaftssenator in dieser Stadt.

Ich möchte als Nächstes berichten von den Schwierigkeiten, die jetzt in den letzten Wochen und Monaten dadurch entstanden sind, dass wir den vollen Halbtagschulen diese sehr gute, volle Ausstattung einschränkend wegnehmen müssen. Da gibt es einen Widerstand, insbesondere bei den Eltern, den ich respektiere. Ich habe Achtung vor dem Protest der Elternschaft. Was ich nicht gutheißen kann, ist, dass sich Schulleiter sehr entschieden und auch diesen Protest fördernd in diesen eingemischt haben, und da war ich mehrfach Zeuge, Sie auch, Herr Mützelburg, die andere Schulen besucht haben, in denen Elternversammlungen stattgefunden haben, wo sie das Wort ergriffen haben.

Ich erinnere mich an eine Veranstaltung, die in der Alfred-Faust-Straße stattgefunden hat, bei der ich aus dem Kreis der anwesenden Schulleiter und Schulelternsprecher herausgebeten worden bin. Ich bin des Saales verwiesen worden. Das war schon eine sehr, sehr schlimme Erfahrung für mich, dass ich als ein Bildungssenator, der auf die Lehrerschaft zugeht, um um den Dialog zu bitten, aus einer dieser Schulen gebeten werde, obwohl ich mit den Lehrerinnen und Eltern diskutieren möchte. Ich habe das aber gemacht und habe mir meinen Zorn nicht anmerken lassen in dieser Versammlung.

Ich habe mir dann weiterhin Morgen für Morgen um 7.30 Uhr und abends bis 22.30 Uhr die Proteste angehört, bis ich zu dem Schluss gekommen bin, dass es keinen Sinn mehr hat. Ich habe damit aufgehört, nachdem wir die Debatte hier im Parlament hatten, und im Augenblick besuche ich auch keine vollen Halbtagschulen mehr, weil ich merke, dass die Behörde mehr und mehr an der Ausübung ihres eigentlichen Auftrages gehindert wird.

Wenn Sie zu Recht monieren, dass zu wenig Einzelgespräche geführt worden sind in den letzten Wochen, dann liegt das unter anderem auch daran, dass wir durch eine Vielzahl von Aktivitäten daran gehindert werden, denn da ist natürlich eine Personenidentität, dass diejenigen, die jetzt Briefe von besorgten Eltern beantworten, gleichzeitig dafür zuständig sind, sich mit Schul-

leitungen in Verbindung zu setzen, um das klein-zuarbeiten.

Herr Zachau, ich bin ganz sicher, dass wir einer Meinung sind, dass es genau richtig ist, im Dialog Schule für Schule das Konzept umzuarbeiten, aufzuarbeiten, auf die einzelnen Schulen, auf die Stadtteile und die Benachteiligung und auf die Vorteile, die da vorhanden sind, einzugehen. Natürlich unter den Ressourcen, die wir zur Verfügung haben, natürlich mit dem Ressort Soziales und Jugend gemeinsam! Das war, so ist mir berichtet worden, Jahre oder Jahrzehnte lang ein ewiges Hickhack. Die haben nie zusammengearbeitet, so wie ich es erfahren habe.

(Beifall bei der SPD)

Die Pflänzlein, die es da jetzt gegeben hat, die werden wir doch nicht zerstören, sondern die werden wir natürlich aufrechtzuerhalten versuchen. Aber dazu brauchen wir den Dialog mit allen und nicht das Sperrfeuer. Ich kann Ihnen sagen, was ich in den letzten Tagen alles erfahren und gehört habe, was da an schrecklichen Dingen auf uns zukommt, da verstehe ich die Welt nicht mehr, weil wir doch für die Eltern, die das nötig haben oder gern möchten, eine Erweiterung unseres Angebots präsentieren möchten.

Das Konzept, das da heißt Betreuung, hat einen Punkt, bei dem ich die Bedenken der Eltern sehr ernst nehme. Was ist eigentlich, wenn der Lehrer krank ist, und wir merken es gar nicht, weil unser Kind ja von morgens acht Uhr bis 13 Uhr verlässlich in der Schule ist? Das merken wir gar nicht. Bisher stand das Kind auf einmal um 10.30 Uhr vor der Tür. Da wussten wir, es fällt schon wieder Unterricht aus, da haben wir uns geärgert. Den Eltern muss ich sagen, da habt ihr Recht in eurer Sorge, da werden wir sehr genau überprüfen müssen, vielleicht ein wenig stärker überprüfen müssen, als es früher der Fall war. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass unsere Behörde als Dienstleister die Arbeit der Schulen unterstützen, ihnen helfen soll, aber es muss auch ab und zu einmal kontrolliert werden, was denn vor Ort passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich war sehr überrascht, dass ich Ihnen heute nicht die Frage beantworten könnte, wie denn der Krankenstand an den Bremer Schulen ist. Ich habe das gefragt im Juli, August, als ich anfang. Ich habe gefragt, wie hoch denn unser Krankenstand ist. Das können wir Ihnen nicht sagen, Herr Senator! Ich sagte, dann muss darüber aber Buch geführt werden, was ist das für eine Firma, was ist das für eine Behörde, die nicht weiß, ob die Be-

hördenmitarbeiter krank sind oder ob sie zur Arbeit gehen! Was bedeutet das auch für die Motivation der Beschäftigten, wenn es niemanden interessiert, ob der Unterricht stattfindet oder nicht! Mich interessiert es, weil ich für die Eltern die Verantwortung habe für ihre Kinder, und ich nehme das sehr ernst, und wir haben das auch umgesetzt, dass dieses - -.

(Abg. Bürger [CDU]: Das hat doch diese Behörde immer verhindert!)

Ja, ich kann Ihnen nur sagen, Herr Bürger, ich lege darauf großen Wert, und ich werde das durchsetzen, dass ich weiß, ob meine Mitarbeiter arbeiten oder nicht, ob sie krank sind oder nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe in diesem Zusammenhang auch noch eine andere Sache Ihnen zu berichten, das ist ja auch zum Teil durch die Zeitung gegangen. Ich habe mich Anfang Januar sehr geärgert, kann man sagen, ich war sehr enttäuscht darüber, dass wir keinen Schulfrieden an unseren Grundschulen, an den vollen Halbtagschulen haben. Das betrifft mich sehr, denn ich bin mit einem völlig anderen Ansatz angetreten, und jeder, der mich kennt, weiß, dass ich das ehrlich meine.

Wenn ich jetzt Schule für Schule besuche und mit Schülern, Eltern und Lehrern spreche, dann ist das oberste Ziel meiner Arbeit, Schulfrieden zu wahren und die Situation an den Schulen zu verbessern. Ich wäre unheimlich traurig, wenn es mir nicht gelänge, Ihnen nach vier Jahren sagen zu können, das war vorher, und das haben wir heute, und ich wäre sehr traurig, wenn wir dann nicht eine Verbesserung feststellen könnten, dann hätte ich nämlich einen schlechten Job gemacht.

Wenn ich aber sehe, dass diejenigen, die Monat für Monat ein stolzes Gehalt immer sicher auf ihrem Konto haben, ob sie in der Behörde arbeiten oder in der Schule arbeiten, dann empfinde ich das so, nachdem ich 30 Jahre in der freien Wirtschaft gearbeitet habe - -.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht übertreiben mit den Jahren!)

25 Jahre, Herr Mützelburg, seien Sie nicht so kleinlich, Herr Abgeordneter Mützelburg! Wenn ich früher bei der SPD gearbeitet habe oder jetzt bei Werder Bremen und wir hätten irgendwo gemerkt, dass innerhalb unserer Mannschaft einer absolut das Gegenteil von dem macht, was der Verein, was das Präsidium, was der Manager gesagt hat, dann würde ich einmal wissen wollen, oder was glauben Sie, meine Damen und Herren, wie wenig

erfolgreich diese Mannschaft, dieser Verein in den letzten 20 Jahren gewesen wäre!

Es kann doch nicht angehen, dass dieses Haus einstimmig beschließt, das und das wird gemacht, und es kann doch nicht angehen, dass wir dann den Schulfrieden, ich glaube, seit acht oder zehn Wochen jetzt permanent gestört haben. Ich war so böse darüber, weil ich gesagt habe, die Lehrerschaft in Bremen, in ganz Deutschland ist dafür bekannt, dass sie unglaublich genau weiß, wie ihre Rechte aussehen, und wir haben Prozesse über Prozesse, mit denen wir uns herumplagen müssen. Ich will nicht im Einzelnen darauf eingehen, weil ich nicht Vorurteile aufbauen und verstärken will.

Ich möchte Ihnen nur sagen, die im öffentlichen Dienst Beschäftigten haben auch Pflichten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe darum gebeten, ich habe die Schulleiter darum gebeten, und zwar in sehr deutlicher Form und auch sehr auffordernd, sich doch auch auf ihre Pflichten zu besinnen und mich und meine Behörde nicht im Regen stehen zu lassen, mich zu beraten, mich zu unterstützen und mäßigend in dem Konflikt zu wirken, so steht es nämlich im Bremischen Beamtengesetz. Darum habe ich, zugegeben, in etwas drastischer und etwas deutlicher Form, das hatten sie vorher noch nicht so gehört, darauf hingewiesen. Es kann sein, dass das in Stil und Form im öffentlichen Dienst so nicht üblich war bisher. Wenn ich da über die Stränge geschlagen habe, dann werde ich das im direkten Dialog mit den Beteiligten versuchen auszuräumen, aber in der Sache, Herr Mützelburg, bleibe ich ganz, ganz hart und verbindlich.

Diese Damen und Herren, die einen schweren Job machen, und ich habe nach wie vor Achtung vor der Arbeit, die sie erbringen, müssen aber auch wissen, dass sie in einer Behörde arbeiten und dass sie an allererster Stelle den Schulfrieden zu wahren haben und dass sie mäßigend dazu beizutragen haben, dass der Schulfrieden so schnell wie möglich wieder hergestellt wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir reden immer davon, dass hervorragende Arbeit in den vollen Halbtagschulen geleistet wird. Meine Damen und Herren, wir haben uns sehr genau angesehen, wie da gearbeitet wird, Kompliment, sie sind vorzüglich ausgestattet im Vergleich zu den restlichen. Aber ich muss Ihnen auch etwas anderes sagen, auch an den anderen 58 Grundschulen in unserem Land wird ausge-

zeichnete Arbeit geleistet, obwohl sie längst nicht so gut ausgestattet sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich fand das wichtig, dass wir das auch einmal sagen, denn da achten vielleicht diese Schulleiter oder die Lehrerinnen und Lehrer dort auch darauf, wie wir über sie sprechen, und wir wollen diese Schulen unterstützen. Was die Krankenvertretung angeht, möchte ich das ergänzen, was die Abgeordnete Frau Hövelmann eben gesagt hat, dies ist ein großes Problem, und wir werden darauf eine Antwort präsentieren. Das ist übrigens keine, die einzeln abgearbeitet werden muss, sondern wir werden sehr deutlich sagen, wie das kurzfristig, mittelfristig und langfristig geht.

Es kann nicht angehen, dass, wenn ein Kollege plötzlich ausfällt, wir wie im Augenblick geknebelt und gefesselt sind und sagen, ja, tut uns Leid, aber im Augenblick ist nicht, kommen Sie einmal am 1. September wieder. Gott sei Dank haben wir jetzt ja die Bewilligung bekommen, 20 volle Stellen zum 1. Februar zu bekommen, dass wir wenigstens ein wenig die Not wieder lindern können.

Dies ist eine berechtigte Frage der Elternschaft, und heute Abend um 20 Uhr werden wir die 58 Elternvertreter zusammen haben, um kurz vor dem Abschluss der Abgabefrist noch einmal auch die letzte Frage zu beantworten. Für mich ist die Frist keine Schikane, meine Damen und Herren, sondern ich möchte so schnell wie möglich, und das fordert ja einfach der zeitliche Ablauf, so schnell wie möglich verlässliche Aussagen machen, und zwar auch der vollen Halbtagschule.

Es stimmt, Herr Zachau, ich habe den Vertretern der vollen Halbtagschule gesagt, wir müssen doch abwarten, was wir von dem vorhandenen Geld benötigen für die Ausstattung der verlässlichen Grundschulen. Erst dann kann meine Behörde konkrete Zahlen nennen. Ich muss übrigens in dieser Frage mich ganz ausdrücklich vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses stellen. Seitdem ich da bin, gibt es eine Menge zu tun. Wir haben eine Menge Projekte angefangen, und ich weiß nicht, ob Sie das so ganz mitbekommen, wie lange da zum Teil gearbeitet wird, fahren Sie einmal abends auf der Hochstraße am Rembertiring vorbei und staunen Sie, wie da im öffentlichen Dienst abends noch um 21 oder 22 Uhr das Licht an ist! Das kann man ganz gut beobachten.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung der Abgeordneten Frau Stahmann?

Senator Lemke: Gern!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, eine Zwischenfrage nach dem Schulfrieden auch zum Hortfrieden! Es wird ja so sein, das Jugend- oder Sozialressort wird drei Millionen DM jetzt in Ihr Ressort überführen, das Hortangebot verringert sich, es kommt zu Einschränkungen, das wird dazu führen, dass auch Hortbeitragsgebühren abgesenkt werden müssen. Sie haben betont, dass Sie eine Kooperation zwischen Soziales und Bildung vorbildlich durchführen wollen. Werden sich dann diese Einnahmeausfälle auch in Ihrem Ressort niederschlagen und nicht nur im Sozialhaushalt? Gibt es da ein Modell Ihrerseits?

Senator Lemke: Nein, ich kann Ihnen nur sagen, dass zurzeit daran gearbeitet wird, diese Gebühren anzupassen, denn wenn die Betreuung nicht in der vollen Dauer, in der vollen Länge stattfindet, müssen natürlich auch entsprechend die Beiträge dafür abgesenkt werden, aber diese Frage ist noch nicht diskutiert.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe eine Nachfrage!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ein Dialog ist nicht vorgesehen! Wenn Sie das gestatten, Herr Senator, Sie haben das Recht, aber es ist eigentlich nicht vorgesehen.

Senator Lemke: Ich gestatte das selbstverständlich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte schön!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage bezieht sich darauf, wann damit zu rechnen wäre, wann diese Beiträge ermittelt sind!

Senator Lemke: Ich habe gerade vor eineinhalb Stunden mit Frau Adolf gesprochen, um präpariert zu sein, um Ihre Frage zu beantworten, weil ich mir gedacht habe, dass so eine Frage kommen könnte. Sie erarbeiten das, aber konkret kann ich diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Ich hoffe, dass das in einer Woche der Fall sein kann.

Vielleicht zum Schluss kommend die Feststellung, einmal an die Grundschulen, die jetzt eine große Arbeit vor sich haben, denn das ist ja nicht nur ei-

ne Schwierigkeit, die von den Lehrern zu bearbeiten ist, das geht auch nur im Rahmen der Schulkonferenz unter Beteiligung der Elternschaft, da ist große Sorge entstanden, aus meiner Sicht nicht ganz zu Recht, einige Fragen völlig d'accord, die mussten wir beantworten, die Fragen sind so weit eigentlich ziemlich genau geklärt.

Wir haben die einzelnen Bausteine jetzt parat, dennoch ist es nicht so, dass wir ein Patentrezept, ein Konzept vorstellen können, das ist jetzt für alle Schulen gleich, das habe ich, glaube ich, sehr deutlich erklärt, sondern das wird, und ich bin ganz sicher, dass das im Sinne des Hauses ist, ganz differenziert stattfinden.

Ich möchte natürlich unbedingt noch ein Wort zu dem offenen Brief des Fraktionsvorsitzenden der CDU sagen, leider ist er nicht mehr da, aber dann berichten Sie ihm das bitte! Ich habe sehr genau in der Koalitionsvereinbarung nachgesehen. Ich habe mir dann noch einmal die Geschäftsordnung des Senats angesehen, und ich habe mir noch einmal die Geschäftsordnung der Bürgerschaft angesehen, die Rubrik offene Briefe habe ich in der Koalitionsarbeit nicht gefunden, deshalb lassen Sie mich ihm das direkt sagen!

(Beifall bei der SPD)

Die Berichterstattung aus Niedersachsen, die zitiert worden ist von Frau Hövelmann, gibt mir große Hoffnung. Ich hoffe, dass wir so schnell wie möglich wieder einen vernünftigen Dialog finden. Insofern habe ich das, was Herr Zachau gesagt hat, wenn auch nur mit einem kleinen Zwischensatz, das war ein Halbsatz, aber ich habe ihn gehört, verstanden, und das hat mich sehr gefreut.

Es ist hohe Zeit, wieder in den sachlichen Dialog zurückzufinden und Schulfrieden zu garantieren, denn dieser Streik findet allein auf den Schultern der Kinder statt, und das darf nicht länger passieren. Ich fordere alle, auch Sie, Herr Zachau, Sie, Herr Mützelburg, auf, das Ihrige dazu beizutragen, auch wenn das vielleicht als Opposition schwer fällt, aber ich denke, im Interesse der Kinder sollten Sie sich daran beteiligen, diese

Diskussion so schnell wie möglich zu versachlichen, die Entscheidung auf den Tisch zu legen, wir wissen bald Bescheid, wir werden nicht um einen Tag streiten, Herr Zachau, mit der Fristlegung, sondern wir werden das jetzt abwarten, am vierten werden die letzten Briefe eingehen, die letzten Anmeldungen eingehen.

Ich hoffe nicht, dass zu sehr chaotisiert wird in den einzelnen Bereichen. Ich will jetzt keine Namen nennen, keine Schule nennen, aber kollektive Abgaben von Zetteln sind nicht hilfreich, die führen nicht zu einer geordneten Umsetzung der Beschlüsse, sondern die führen in große Schwierigkeiten, die wir dann hätten bei der Umsetzung. Ich hoffe das nicht. Ich bitte Sie alle recht herzlich, dieses Projekt zu unterstützen, damit es erfolgreich wird! - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/90 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft und wünsche auch Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss der Sitzung 18.27 Uhr)